

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Einleitung	19
Teil A: Der Versammlungsleiter in der GmbH und seine Pflichten	23
A. Der Versammlungsleiter in der GmbH	23
I. Allgemeines	23
1. Funktion des Versammlungsleiters	23
2. Notwendigkeit des Amtes	24
a. Amt in GmbH nicht zwingend vorgesehen	24
b. Zulässigkeit der Versammlungsleitung	24
c. Zweckmäßigkeit der Versammlungsleitung	24
3. Rechtliche Stellung des Versammlungsleiters in der Gesellschaft	25
a. Keine Organqualität des Versammlungsleiteramtes	25
aa. Gesellschaftsrechtlicher Organbegriff	26
bb. Aktienrechtlicher Diskurs zur Organqualität des Hauptversammlungsleiters	26
cc. Übertragbarkeit auf die GmbH	28
dd. Stellungnahme	30
b. Weisungsabhängigkeit des Versammlungsleiters	32
c. Entstehung eines korporationsrechtlichen Rechtsverhältnisses zur Gesellschaft	34
4. Mögliche Amtsträger	34
5. Zusammenfassung	35

II. Bestellung	35
1. Arten der Bestellung	35
a. Statutarische Bestellung	36
aa. Regelungen hinsichtlich des Ob der Versammlungsleitung	36
bb. Bestimmung der Person des Versammlungsleiters	36
cc. Entstehung eines Sonderrechts i.S.v. § 35 BGB?	37
b. Bestellung durch (einfachen) Gesellschafterbeschluss	38
c. Bestellung durch Regelung in der Geschäftsordnung der Gesellschafterversammlung	39
d. Bestellung durch (stillschweigendes) Einverständnis der anwesenden Gesellschafter	39
2. Keine Pflicht zur Übernahme des Amtes	39
3. Folgen des Handelns durch Schein- Versammlungsleiter	40
a. Fehler unmittelbar bei der Bestellung des Versammlungsleiters	40
b. Sonderfall: Fehler bei der Wahl zum Aufsichtsrat	42
4. Zusammenfassung	44
III. Beendigung des Amtes	45
1. Ende der Gesellschafterversammlung	45
2. Amtsniederlegung durch den Versammlungsleiter	45
3. Abberufung durch die Gesellschafterversammlung	45
a. Abberufung bei statutarisch bestelltem Versammlungsleiter	45
aa. Abberufung ohne Bestehen eines Sonderrechts	46

(1) Rechtliche Qualifikation von Satzungsregelungen betreffend die Versammlungsleitung	46
(2) Meinungsstand	49
(3) Stellungnahme	49
bb. Abberufung bei Bestehen eines Sonderrechts	51
b. Abberufung bei durch einfachen Gesellschafterbeschluss bestelltem Versammlungsleiter	53
c. Stimmverbot des Gesellschafter-Versammlungsleiters bei seiner Abwahl?	54
aa. Abwahl aus wichtigem Grund	55
bb. Sonderfall: Abwahl aus Anlass eines Interessenkonfliktes in Bezug auf einen Gegenstand der Tagesordnung	56
cc. Abwahl aus sonstigen Gründen	59
d. Folgen der fehlerhaften Abberufung des Versammlungsleiters	60
aa. Amtsausübung durch abzuberaufenden Versammlungsleiter	60
bb. Amtsausübung trotz erfolgter Abberufung des Versammlungsleiters	63
cc. Niederlegung des Versammlungsleiteramts aufgrund fehlerhaften Abwahlbeschlusses	63
4. Zusammenfassung	64
B. Pflichten des Versammlungsleiters	65
I. Allgemeines	66
II. Interne Legalitätspflicht	67
III. Pflicht zur Wahrung der Mitgliedschaftsrechte der Gesellschafter	67
1. Herleitung und Umfang der Mitgliedschaftsrechte	68

2. Spannungsverhältnis zwischen Handeln des Versammlungsleiters und Mitgliedschaftsrechten der Gesellschafter	69
IV. Pflicht zur Leitung der Gesellschafterversammlung	70
1. Allgemeines	70
2. Eröffnung der Gesellschafterversammlung	70
3. Feststellung der Anwesenden	70
4. Überprüfung der Beschlussfähigkeit	71
5. Änderung der Tagesordnung	72
6. Behandlung von Wortmeldungen	72
7. Behandlung von Anträgen	73
8. Durchführung der Abstimmung	74
9. Unterbrechung der Gesellschafterversammlung	74
10. Protokollierung der Gesellschafterversammlung	74
11. Beendigung der Gesellschafterversammlung	75
12. Zusammenfassung	75
V. Pflicht zur Ermöglichung eines geordneten Ablaufs der Gesellschafterversammlung	76
1. Allgemeines	76
2. Ordnungsruf	77
3. Beschränkung des Rederechts	77
4. Wortentzug	79
5. Saalverweis	79
6. Ausübung des Hausrechts	80
7. Zusammenfassung	80
VI. Pflicht zur ordnungsgemäßen Beschlussfeststellung	81
1. Allgemeines	81
a. Begriff der Beschlussfeststellung	81
b. Keine Notwendigkeit der Beschlussfeststellung in der GmbH	82
c. Beschlussfeststellungskompetenz der Gesellschafterversammlung	85

d. Notarielle Beurkundung als Alternative zur Beschlussfeststellung	89
e. Zusammenfassung	90
2. Bedeutung der verbindlichen Beschlussfeststellung durch den Versammlungsleiter	91
a. Allgemeines	91
b. Exkurs: Beschlussmängelrecht der GmbH	91
aa. Fehlende Kodifizierung	91
bb. Nichtigkeitsklage analog § 249 AktG	92
cc. Anfechtungsklage analog § 246 AktG	94
dd. Allgemeine Feststellungsklage	95
ee. Einstweiliger Rechtsschutz	96
c. Folgen der vorläufigen Wirksamkeit von Gesellschafterbeschlüssen	98
aa. Klageart im Rahmen von Beschlussmängelstreitigkeiten	98
bb. Umsetzungspflicht der Geschäftsführung?	101
cc. Analoge Anwendbarkeit von § 84 Abs. 3 S. 4 AktG?	102
dd. Pflicht des Registergerichts zur Eintragung in das Handelsregister?	104
ee. Bindungswirkung für einen beteiligten Notar	106
ff. Relevanz für die Kenntnis Dritter gemäß § 15 Abs. 1 HGB	107
d. Zusammenfassung	108
3. Erwerb der Beschlussfeststellungskompetenz durch den Versammlungsleiter	109
a. Meinungsstand	109
b. Stellungnahme	113
4. Umfang der Pflicht zur ordnungsgemäßen Beschlussfeststellung	114

a.	Keine Pflicht zur Vornahme der Beschlussfeststellung	114
b.	Inhaltliche Prüfungspflicht	116
5.	Ausschluss der Beschlussfeststellungskompetenz	117
a.	Interessen des Versammlungsleiters durch den festzustellenden Beschluss unmittelbar berührt	117
b.	Grundlagenbeschlüsse	118
c.	Willkürlich oder vorsätzlich falsche Beschlussfeststellung	118
6.	Verfahren und Form der Beschlussfeststellung	120
C.	Mögliche Pflichtverstöße im Rahmen der Ausübung der Versammlungsleitung und ihre Konsequenzen	122
I.	Allgemeines	122
1.	Pflichtwidrigkeitsmaßstab bei Maßnahmen der Versammlungsleitung	123
2.	Denkbare (Rechts-)Schutzmöglichkeiten gegen Maßnahmen des Versammlungsleiters	128
a.	Herbeiführung eines Gesellschafterbeschlusses	128
b.	Abberufung des Versammlungsleiters	129
c.	Beschlussmängelklage	129
d.	Allgemeine Feststellungsklage gegen Maßnahmen des Versammlungsleiters	130
e.	Einstweiliger Rechtsschutz gegen Maßnahmen des Versammlungsleiters	131
3.	Erforderlicher Zusammenhang zwischen fehlerhaftem Handeln des Versammlungsleiters und gefasstem Beschluss im Rahmen einer Beschlussmängelklage	132
4.	Zusammenfassung	133
II.	Verletzung von Mitgliedschaftsrechten der Gesellschafter durch rechtswidrige Leitungs- oder Ordnungsmaßnahmen	134
1.	Unsachgemäße Festlegung der Reihenfolge von Redebeiträgen	135

2. Rechtswidrige Beschränkung des Rederechts bzw. Wortentzug	135
3. Rechtswidriger Saalverweis	136
4. Zusammenfassung	137
III. Herbeiführung der Nichtigkeit eines Beschlusses	137
IV. Vereitelung der Beschlussfassung	138
1. Unterlassen des zur Abstimmung Stellens eines Beschlussantrags	139
2. Fehlende Ermöglichung eines geordneten Ablaufs der Gesellschafterversammlung	139
V. Herbeiführung der vorläufigen Wirksamkeit eines Beschlusses durch fehlerhafte Beschlussfeststellung	139
1. Zählfehler	140
2. Rechtliche Bewertungsfehler bei der Ermittlung des Beschlussergebnisses	140
3. Beschlussfeststellung trotz inhaltlich rechtswidrigem Beschluss	142
4. Sonderfall: Willkürlich oder vorsätzlich falsche Beschlussfeststellung	142
5. Zusammenfassung	143
VI. Unterlassen der Beschlussfeststellung	143
VII. Unberechtigte Übernahme der Versammlungsleitung	144

Teil B: Die Haftung des Versammlungsleiters in der

GmbH	147
A. Geschäftsführerhaftung nach § 43 Abs. 2 GmbHG	147
I. Vorzüge der Organhaftung nach § 43 Abs. 2 GmbHG	147
II. Direkte Anwendung	148
1. Leitung der Gesellschafterversammlung als originäre Aufgabe der Geschäftsführung in der GmbH?	148

2. Erweiterung der Aufgaben der Geschäftsführung um die Versammlungsleitung durch Satzungsregelung?	150
B. Aufsichtsratshaftung nach §§ 93 Abs. 2 S. 1, 116 S. 1 AktG	152
I. Vorzüge der Organhaftung nach §§ 93 Abs. 2 S. 1, 116 S. 1 AktG	152
II. Entsprechende Anwendung aufgrund Verweisung in § 52 Abs. 1 GmbHG bzw. § 25 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 MitbestG, § 1 Abs. 1 Nr. 3 Hs. 2 DrittelbG	153
1. Aktienrechtlicher Diskurs	154
2. Leitung der Gesellschafterversammlung als originäre Aufgabe des Aufsichtsrates in der GmbH?	155
3. Erweiterung der Aufgaben des Aufsichtsrates um die Versammlungsleitung durch Satzungsregelung?	156
C. Analoge Anwendung der Organhaftungsregeln nach § 43 Abs. 2 GmbHG und §§ 93 Abs. 2 S. 1, 116 S. 1 AktG	158
I. Aktienrechtlicher Diskurs	158
II. Planwidrige Regelungslücke	160
III. Vergleichbare Interessenlage	161
1. Regelungszweck der Organhaftung nach § 43 Abs. 2 GmbHG und nach §§ 93 Abs. 2 S. 1, 116 S. 1 AktG	161
2. Argumente für eine analoge Anwendung	162
3. Argumente gegen eine analoge Anwendung	163
a. Fehlende Organstellung des Versammlungsleiters	163
b. Kein Treffen von unternehmerischen Entscheidungen durch den Versammlungsleiter	164
c. Keine unmittelbare treuhänderische Verwaltung von Gesellschaftsvermögen	168
d. Kein Auftreten nach außen	169

e. Beweislastumkehr nach § 93 Abs. 2 S. 2 AktG analog passt nicht	169
4. Überwiegen der Argumente gegen eine analoge Anwendung	170
IV. Zusammenfassung	171
D. Haftung nach § 280 Abs. 1 BGB	172
I. Bestehen eines Schuldverhältnisses	172
1. Korporationsrechtliches Rechtsverhältnis	173
a. Meinungsstand	173
b. Stellungnahme	175
2. (Quasi-)Vertragliches Schuldverhältnis	178
a. Denkbare Arten (quasi-)vertraglicher Schuldverhältnisse	178
aa. Geschäftsbesorgungsvertrag	178
bb. Dienstvertrag	180
cc. Auftrag	180
dd. Gefälligkeitsverhältnis mit rechtsgeschäftlichem Charakter	181
ee. Geschäftsführung ohne Auftrag	181
b. Zustandekommen einer vertraglichen Bindung	182
aa. Antrag der Gesellschaft	182
bb. Annahme des Versammlungsleiters	186
cc. Rechtsbindungswille	186
c. Stellungnahme zu den verschiedenen Fallkonstellationen	187
aa. Gesellschafter-Versammlungsleiter	187
bb. Aufsichtsrats-/Beirats- Versammlungsleiter	188
cc. Geschäftsführer-Versammlungsleiter	189
dd. Unternehmensfremder Versammlungsleiter	189
3. Zusammenfassung	190
II. Schadensersatz statt oder neben der Leistung?	191

1. Fehlerhafte Versammlungsleitung	192
2. Fehlende Übernahme der Versammlungsleitung	196
3. Sonderfall: Schutzpflichtverletzung	196
4. Folgen der Einordnung	197
III. Pflichtverletzung	198
1. Allgemeines	198
2. Fehlerhafte Versammlungsleitung	199
a. Volle gerichtliche Überprüfungsmöglichkeit	199
b. Bindung an Ergebnisse eines vorhergehenden Beschlussmängelstreits	199
c. Zurechenbarkeit des Handelns von Hilfspersonen	200
3. Fehlende Übernahme der Versammlungsleitung	201
4. Sonderfall: Schutzpflichtverletzung	202
IV. Vertreten Müssen	202
1. Allgemeines	202
2. Schuldausschließender Rechtsirrtum	204
V. Schaden	207
1. Allgemeines	207
2. Mitverschulden	209
VI. Haftungsbeschränkung/-ausschluss	210
1. Verbandsrechtliche Haftungsbeschränkung	211
a. Anwendung von §§ 31a, 31b BGB (analog)	211
b. Anwendung von § 708 BGB analog	212
c. Anwendung der Grundsätze der Girmes- Entscheidung des BGH	212
d. Haftungsausschluss wegen Handelns aufgrund eines Gesellschafterbeschlusses	213
2. Gesamtanalogie zu §§ 521, 599, 690 BGB	214
3. Anwendung der Grundsätze zur beschränkten Arbeitnehmerhaftung	215
4. Gewillkürte Haftungsbeschränkung	218
a. Ausdrückliche Parteivereinbarung	218

b. Stillschweigende Haftungsbeschränkung	219
5. Zusammenfassung	221
E. Haftung wegen unberechtigter Geschäftsführung ohne Auftrag	222
F. Deliktsrechtliche Haftung	225
Fazit	227
Literaturverzeichnis	235
Abkürzungsverzeichnis	247